

Planunterlagen hergestellt nach dem unter Zugrundelegung der Flurkarte entstandenen städtischen Kartenwerk durch das Vermessungsamt Wiesbaden.
(Vermessungsdienststelle nach § 15 Abs. 1 Hess. Vermessungsgesetz vom 02.10.1992)

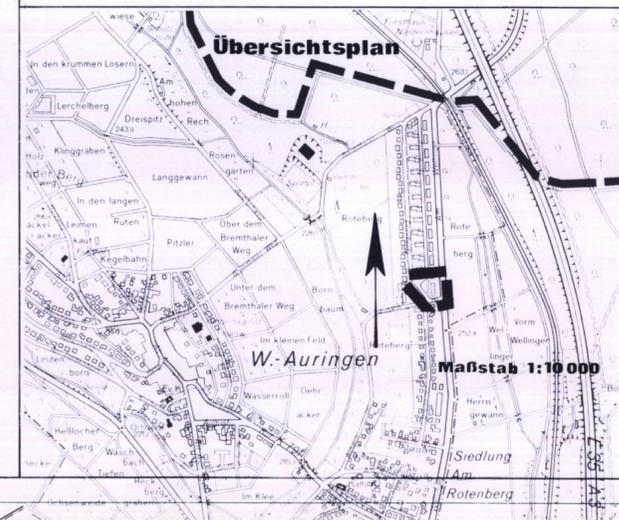
Wiesbaden, den 23.02.1993
Der Magistrat - Vermessungsamt
i.A.

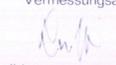
Ltd Vermessungsdirektor

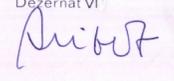
ZEICHENERKLÄRUNG

NACH DER PLANZEICHENVERORDNUNG VOM 18. DEZ. 1990

- ART DER BAULICHEN NUTZUNG**
 Allgemeine Wohngebiete
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**
 GRZ 0.3 Grundflächenzahl z.B. GRZ 0.3
 GFZ 0.6 Geschosflächenzahl z.B. GFZ 0.6
 II Zahl der Vollgeschosse
 Höchstgrenze z.B. II
- BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN**
 Nur Hausgruppen zulässig
 - - - - - Baugrenze
- VERKEHRSLÄCHEN**
 Straßenverkehrsflächen
 - - - - - Straßenbegrenzungslinie
- GRÜNFLÄCHEN**
 Grünflächen mit Zweckbestimmung
- SONSTIGE PLANZEICHEN**
 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
 GA Garagen

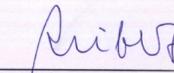


AUSGEARBEITET:
Wiesbaden, den 23.02.1993
Vermessungsamt

Ltd Vermessungsdirektor

Dezernat VI


AUFGESTELLT:
Dieser Bebauungsplan ist durch Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13.09.1990 Nr. 381 gem § 2 (1) BauGB aufgestellt und am 17.10.1990 ortsüblich bekanntgemacht worden.
Der Vorentwurf wurde am 12.11.1992 Nr. 475 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Wiesbaden, den 27.07.1993
Der Magistrat

Stadtrat


BÜRGERBETEILIGUNG:
Beteiligung der Bürger gemäß § 3(1) BauGB in Form einer Bürgerversammlung am 11.08.1992

Wiesbaden, den 06.05.1993
Der Magistrat - Stadtplanungsamt
i.A.


Ltd Baudirektor

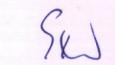
ÖFFENTLICH AUSGELEGT:
Der Entwurf des Bebauungsplanes hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB nach ortsüblicher Bekanntmachung am 17.02.1993 in den Wiesbadener Tageszeitungen und der Allgemeinen Zeitung - Mainzer Anzeiger vom 01.03.1993 bis 01.04.1993 einschließlich öffentlich ausgelegen. Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, wurden an der Aufstellung des Bebauungsplanes am 08.02.1993 beteiligt und von der Auslegung benachrichtigt.

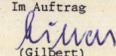
Wiesbaden, den 26.07.1993
Der Magistrat - Vermessungsamt
i.A.


Ltd Vermessungsdirektor

ALS SATZUNG BESCHLOSSEN:
Dieser Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BauGB in Verbindung mit § 5 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) i.d.F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. 1960 S. 103) durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.07.1993 Nr. 142 als Satzung beschlossen.

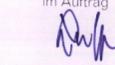
Wiesbaden, den 28.07.1993
Der Magistrat


Oberbürgermeister

ANZEIGEVERFAHREN
Das Anzeigeverfahren nach § 11 Abs. 3 BauGB wurde durchgeführt. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wird nicht geltend gemacht.
Erlaß vom 29. Okt. 1993 - VIII 61 - 61 d 04/15 - 10/93 -
Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
Im Auftrag

(Gilbert)

RECHTSVERBINDLICH
Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gemäß § 12 BauGB am 05.11.1993 ortsüblich bekannt gemacht. Mit Wirksamwerden dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan am 06.11.1993 in Kraft. Vom Tage der Bekanntmachung an wird der Bebauungsplan mit Begründung zu jedermanns Einsicht im Verwaltungsgebäude Gustav-Stresemann-Ring 15 bereitgehalten und über seinen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben.

Wiesbaden, den 05.11.1993
Der Magistrat - Vermessungsamt
im Auftrag


Ltd Vermessungsdirektor

LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN

BEBAUUNGSPLAN

ENTWURF

"Tannenring - (ehemals Raiffeisenstraße) 2. Änderung"

in Wiesbaden-Auringen

Diesem Plan ist eine Begründung beigelegt. Dieser Plan enthält Festsetzungen nach § 9 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 8. Dez 1986 (BGBl. I S. 2253), der Bau-nutzungsverordnung (BauNVO) vom 23. Jan. 1990 und der Hess. Bauordnung (HBO) vom 20. Juli 1990.

Aufhebung bestehender Festsetzungen
Die Festsetzungen, die im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes aufgrund früherer Fluchtlinien- und Bebauungspläne bestehen, werden durch diesen Bebauungsplan aufgehoben.